



15.10.2006

Kleine Anfrage

AKW Biblis

Zur Zeit wird von der Atomindustrie und von deren Interessenvertretern in der Politik der Weiterbetrieb eines der ältesten und störanfälligsten AKW's Deutschlands, des Block A im AKW Biblis vor den Toren Darmstadts, diskutiert.

Durch diese Pläne ist die Bevölkerung der Stadt direkt betroffen. Schon im Normalbetrieb, etwa durch Castortransporte, sind Darmstädter Bürgerinnen und Bürger gefährdet. Bei einem Störfall sind große Teile des Stadtgebietes unmittelbar und massiv betroffen. Die Stilllegung von Biblis A und der Atomausstieg ist von der Bundesregierung längst beschlossene Sache.

1. Welche Position hat der Magistrat zu dieser Problematik?
2. Welche Handlungsmöglichkeiten sieht der Magistrat die Interessen der Darmstädter Bürgerinnen und Bürger Geltung zu verschaffen? Welche konkreten Initiativen wurden seitens des Magistrats ergriffen oder sind geplant?
3. Besteht die Möglichkeit des Einspruchs gegen den beabsichtigten Weiterbetrieb seitens der Stadt? Besteht die Möglichkeit eines juristischen Vorgehens zum Schutz der Darmstädter Bürgerinnen und Bürger gegen die Pläne des Atombetreibers RWE und/oder der Landesregierung?
4. Katastrophenschutzbehörden sind nach § 2 (Abs.2) des Hessischen Katastrophenschutzgesetzes (HKatSG) auch die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte. Gibt es zwischen den beteiligten Katastrophenschutzbehörden in der Frage des Weiterbetriebes des AKW Biblis einen Informationsaustausch bzw. Konsequenzen den Katastrophenschutz betreffend?

Rainer Keil
Fraktionsvorsitzender

Karl-Heinz Böck
Stadtverordneter